

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Agrarmarkt - RGW - Multinationale Unternehmen - Orientierungsrahmen '85 - Welternährungsrat

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Agrarmarkt - RGW - Multinationale Unternehmen - Orientierungsrahmen '85 - Welternährungsrat, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 3, pp. 115-116

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134789>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Agrarmarkt

Deutscher Pyrrhussieg

Das Ergebnis des diesjährigen EG-Agrarpreismarathons hätte eigentlich das Licht des Tages scheuen müssen. Neben Preiserhöhungen und einer Vielzahl konzeptionsloser Maßnahmen schuf der Ministerrat ein neues Monstrum: Berichtigungskoeffizienten zur Korrektur des Währungsausgleichs.

Die Agrarpreise werden in Rechnungseinheiten (RE) festgesetzt und über fixierte Wechselkurse in nationale Währungen umgerechnet. Die Differenz zwischen diesen fixierten und den tatsächlichen Wechselkursen wird seit drei Jahren durch Währungsausgleichsbeträge neutralisiert. Dieses Festhalten an historischen Wechselkursrelationen führt aber auf die Dauer zu Wettbewerbsverzerrungen, da die Kostenentwicklungen in den einzelnen Ländern stark differieren. Doch statt nun die fixierten Wechselkurse gegenüber der RE zu korrigieren, wurden die Wechselkurse – und damit der Grenzausgleich – formal unverändert gelassen und national differenzierte „Berichtigungskoeffizienten“ eingeführt. Durch die Berichtigungskoeffizienten werden die Währungsausgleichssätze faktisch verändert. Für andere Verrechnungssysteme gilt jedoch weiterhin der alte Wechselkurs. Außer der dänischen haben jetzt alle EG-Währungen zwei fixierte Wechselkurse gegenüber der RE. Gleichzeitig wurde der britisch-irische Einheitsmarkt aufgespalten, da für das britische und das irische Pfund unterschiedliche Berichtigungskoeffizienten gelten.

Und das alles nur, damit der deutsche Landwirtschaftsminister erklären konnte, der Währungsausgleich – durch den die deutschen Agrarexporte subventioniert werden – sei nicht angetastet worden. Der jetzt schon gewaltige administrative Aufwand dürfte sich durch dieses dialektische Meisterstück noch erheblich erhöhen. Noch einige solcher Verhandlungs-„Erfolge“ und aus der Zersplitterung wird eine Atomisierung des „gemeinsamen“ Agrarmarktes. kö

RGW

Neue Prinzipien

Auf der kürzlich zu Ende gegangenen 70. Sitzung des Exekutivkomitees des RGW wurden neue Preisbildungsprinzipien für die RGW-Vertragspreise vereinbart, die u. a. im Bereich Rohstoffe und Energie erhebliche Verteuerungen mit sich

bringen werden. Anstelle der für jeweils einen Fünfjahreszeitraum geltenden Durchschnittspreise sollen jährlich neue, auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der jeweils fünf vorangegangenen Jahre berechneten Preise wirksam werden. Diese flexiblere Regelung wird mit Beginn der nächsten Fünfjahresplanperiode ab 1976 einsetzen, doch sind bereits Preisanhebungen für Rohstoffe – so z. B. im Handel zwischen der DDR und der UdSSR – für das laufende Jahr bekannt.

Für die rohstoffarmen Länder wie die DDR und Ungarn bedeuten die Anhebungen eine erhebliche Belastung der Zahlungsbilanz und des Wirtschaftspotentials. Allein die DDR wird schon in diesem Jahr rd. 1,5 Mrd. Mark mehr für ihre Erdölbezüge aus der UdSSR zahlen müssen als im Jahre 1974. Dennoch sollen hier die Verbraucherpreise durch zusätzliche Subventionen und die Erhöhung der Produktivität stabil gehalten werden. Ob das gelingt, bleibt fraglich, zumal andere Länder wie Ungarn und sogar das an Rohstoffen reichere Polen schon jetzt mit Konsumpreisanhebungen begonnen haben.

Die Preiserhöhungen für Mineralöl und andere Produkte werden in erster Linie der rohstoffreichen UdSSR zugute kommen. Zwar betont die UdSSR, daß ihre Preise noch unter Weltmarktniveau liegen, doch läßt sie dabei unerwähnt, daß sie für die Erschließung ihrer Rohstoffvorkommen erhebliche Investitionsbeteiligungen der Partnerländer verlangt. Diese bemühen sich deshalb in zunehmendem Maße um günstigere Bezugsquellen, so z. B. in den arabischen Ländern. Schon bald werden Jugoslawien, die CSSR und Ungarn über die „Adriapipeline“ Erdöl aus arabischen Ländern und Nordafrika erhalten, und sogar die moskautreue DDR will in Zukunft mehr Öl aus dem Irak beziehen. ud

Multinationale Unternehmen

Mageres Ergebnis

Viele Beobachter waren schon von vornherein skeptisch gegenüber dem Ergebnis des Bundestag-Hearings, bei dem schlecht vorbereitete Abgeordnete mit wenig zielgerichteten Fragen vergeblich versuchten, die Multis ihrer Verfehlungen zu überführen. Die jetzt vom Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgelegte Abschlußklärung hat die Zweifel am Erfolg dieser Veranstaltung nachhaltig bestätigt.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß eine pauschale Beurteilung der multinationalen Unternehmen zwar nicht möglich ist, die deutschen Unter-

nehmen aber in der Regel einen wertvollen Entwicklungsbeitrag leisten, spricht der Ausschuß eine Reihe von Empfehlungen für die Unternehmen und die staatliche Entwicklungspolitik aus. So sollen sich die Unternehmen stärker in die Anlageländer integrieren, zur Erhöhung ihrer Transparenz Weltbilanzen aufstellen und durch die Annahme eines Verhaltenskodex Probleme von vornherein vermeiden helfen. Eine weitere Konkretisierung dieser Vorschläge erfolgt nicht, ebenso fehlen Hinweise zu ihrer Durchsetzbarkeit. Auch die Vorschläge für staatliche Aktivitäten sind, gerade soweit sie Maßnahmen gegenüber den Multis und nicht Forderungen an die Ausrichtung der Entwicklungshilfe betreffen, so allgemein gehalten, daß bezweifelt werden muß, ob die Ausschußmitglieder selbst überhaupt konkrete Vorstellungen auf diesen Gebieten haben.

Daß die Vorschläge für entsprechende Maßnahmen so vage und wenig fundiert ausfallen, liegt vor allem auch daran, daß der Abschlußbericht eine Analyse und Gewichtung der tatsächlich bestehenden Probleme im Zusammenhang mit deutschen Multis in Entwicklungsländern vermissen läßt. Nach eigener Einschätzung des Ausschusses hat das Hearing zwar zur Versachlichung der Diskussion über multinationale Unternehmen beigetragen; einen wesentlichen Beitrag zur Analyse und konstruktiven Lösung der Probleme dürfte es jedoch kaum geliefert haben. ju

Orientierungsrahmen '85

Bekenntnis zur Arbeitsteilung

In ihrem Orientierungsrahmen '85 haben sich Deutschlands Sozialdemokraten erneut zur internationalen Arbeitsteilung, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bekannt. So sollen u. a. lohnintensive Massenfertigungen in Entwicklungsländer verlegt werden. Auf diese Weise werde verhindert, daß die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik weiter anwache. Mit der Produktionsverlagerung müsse eine großzügigere Öffnung deutscher Märkte für Erzeugnisse aus Entwicklungsländern und eine darauf abgestimmte Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik einhergehen.

Daß sich die Verfasser des Orientierungsrahmens der Verschiedenartigkeit der Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, insbesondere der mit Auslandsinvestitionen und vor allem den Aktivitäten multinationaler Unternehmen verbundenen Probleme, bewußt sind, geht aus einer Reihe von Vorschlägen hervor. So sollen u. a. ein internationales Konzernrecht unter Einschluß der Interessenvertretung der Arbeitnehmer auf Gesamtkonzernebene und ein Garantiesystem für Investi-

tionen in Drittländern in Verbindung mit sozialen Auflagen und der Anerkennung internationaler Konventionen und gewerkschaftlicher Vertretungen geschaffen werden. Weiterhin müßten internationale Organisationen den Entwicklungsländern bei der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber ausländischen Investoren helfen.

Mit diesen Empfehlungen greifen die Verfasser des Orientierungsrahmens auf Beschlüsse vieler nationaler und internationaler Konferenzen zurück. Bisher hat sich jedoch gezeigt, daß die meisten Konzeptionen zur Durchsetzung der internationalen Arbeitsteilung und zur Beschränkung des Machtmißbrauchs im Zusammenhang mit Direktinvestitionen und multinationalen Unternehmen nicht leicht in die Tat umzusetzen sind. Deshalb sollte man sich bei den Sozialdemokraten jetzt darum bemühen, nach dem Bekenntnis zum Prinzip der internationalen Arbeitsteilung auch Mittel und Wege zu einer politisch durchsetzbaren Lösung der Empfehlungen zu finden. mk

Welternährungsrat

Glückliche UN, arme Hungernde

Im Mai/Juni dieses Jahres tritt die jüngste Organisation der Vereinten Nationen, der Welternährungsrat, erstmals in Rom zusammen. Gegründet wurde sie auf Empfehlung der Welternährungskonferenz von der UN-Generalversammlung im Dezember 1974. Von den – vorläufig – 36 Mitgliedsländern gehören 24 zur Staatengruppe der Dritten Welt. Hauptaufgabe ist die Koordination aller Bereiche der Welternährung, insbesondere der Aspekte Produktion, Lagerung, Handel und Hilfe von und mit Nahrungsmitteln.

Angesichts der Hungerkatastrophen in weiten Teilen der Welt wird niemand die Bedeutung der genannten Aufgaben auch nur anzweifeln. Eine sinnvolle, längst überfällige Gründung einer solchen UN-Organisation also? Sicherlich, wenn es nicht zufällig eine andere UN-Organisation mit denselben Aufgaben und ebenfalls mit Sitz in Rom gäbe. Wesentlichster Unterschied sind ihre Namen: World Food Council und FAO. Kompetenzwirrwarr und der Aufbau einer Verwaltung der Verwaltung werden nun mit ziemlicher Sicherheit dazu führen, daß die Koordination noch schwieriger und der Einsatz der knappen Finanzmittel noch weniger effektiv wird. Um die organisatorischen Schwächen der Vereinten Nationen aufzuzeigen und zukünftigen Leerlauf zu vermeiden, wurde vor geraumer Zeit der sogenannte Jackson-Bericht erstellt. Anscheinend ist er aber zum Lehrbuch für neue Fehler geworden. Neue, lukrative Pöstchen wiegen diese Nachteile jedoch sicherlich auf. Glückliche UN – arme Hungernde. fa